

# **Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert**

Begründet von  
**Erich Matthias**

Herausgegeben von  
**Dieter Dowe, Anja Kruke, Michael Schneider**

**Band 16**

**Der Deutsche Gewerkschaftsbund  
1969–1975**

# **Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1969–1975**

Eingeleitet und bearbeitet  
von Klaus Mertsching



Gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft,  
der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://www.dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-4218-3

© 2013 by Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH  
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn  
Umschlag: Roberto Patelli, Köln  
Satz: Just in Print, Bonn  
Druck und Verarbeitung: Westermann Druck Zwickau GmbH, Zwickau  
Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany 2013

Besuchen Sie uns im Internet: [www.dietz-verlag.de](http://www.dietz-verlag.de)

# Inhalt

Vorwort der Herausgeber .....	7
Einleitung:	
Die Politik des DGB in den sozial-liberalen Reformjahren .....	9
I. Organisationsentwicklung in der ersten Hälfte der 1970er Jahre .....	16
II. Führungs- und Organisationsstrukturen .....	22
1. Aufbau und Organe des DGB .....	22
2. Organisatorische Änderung in der Bundesvorstandsverwaltung .....	25
3. Führungspersonal .....	26
III. Satzungsreform – innerorganisatorische Reformen .....	43
IV. Gewerkschaftliche Programmdiskussion und -umsetzung .....	45
V. Tarifpolitik und Konzertierte Aktion .....	55
VI. Deutschlandpolitik des DGB und seiner Gewerkschaften .....	59
VII. Transnationale Gewerkschaftspolitik .....	63
VIII. Quellenauswahl und Errichtung der Edition .....	69
Verzeichnis der Dokumente .....	73
Dokumente .....	81
Mitglieder des Bundesvorstandes .....	975
Verzeichnis der Archivalien .....	978
Verzeichnis der Periodika .....	980
Verzeichnis der abgekürzt zitierten gedruckten Quellen und Literatur .....	982
Abkürzungsverzeichnis .....	992
Personenregister .....	997
Sach- und Ortsregister .....	1023

---

# Vorwort der Herausgeber

Der hier vorgelegte Band führt die von Erich Matthias begründete, dann von Klaus Schönhoven und Hermann Weber betreute Edition der »Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert« fort. Zeitlich schließt er direkt an Band 13 an, in dem – bearbeitet von Wolther von Kieseritzky – zentrale Dokumente zur Entwicklung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in den Jahren von 1964 bis 1969 präsentiert wurden.

Mit dem Bundeskongress des DGB und der Wahl Heinz Oskar Vettters zum Vorsitzenden im Mai 1969 begann eine von hohen Erwartungen und Hoffnungen begleitete Phase der Gewerkschaftspolitik: Für einige Jahre sah es so aus, als könnten die Gewerkschaften den sozialen Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und die Herausbildung einer sozial-liberal geprägten politischen Öffentlichkeit für die Stärkung ihrer Organisationskraft und zudem für die Realisierung ihrer programmatisch-politischen Zielvorstellungen nutzen. Im Aufbruch-Klima Ende der 1960er Jahre setzten die Gewerkschaften darauf, mit Hilfe der SPD, die seit September 1969 mit Willy Brandt den Bundeskanzler stellte, ihre zentralen politischen Forderungen erfüllen zu können: Profilierte Gewerkschafter traten als Minister in die Bundesregierung ein. Willy Brandts Regierungserklärung, nach der die neue Regierung »mehr Demokratie wagen« wollte, schien den Gewerkschaften die baldige gesetzliche Verankerung ihrer Mitbestimmungsforderungen zu verbürgen.

Mit einem Feuerwerk an Reformprogrammen beteiligte sich der DGB an den Debatten der ersten Jahre der Regierungszeit der sozial-liberalen Koalition. Das Spektrum der Themen reichte von der Ausbildungsreform unter Einschluss der Hochschulen über die Modernisierung des Ehe- und Scheidungsrechts bis hin zur Übertragung der paritätischen Mitbestimmung nach dem Montan-Modell auf alle Großunternehmen. Außerdem bemühten sich die Gewerkschaften unter der Führung des DGB in allen Fragen des innerdeutschen Dialogs, speziell mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, sowie mit ihren bilateralen »Ost-Kontakten« um die flankierende Unterstützung der Neuen Ostpolitik. Die komplizierte Gratwanderung zwischen Ausloten von Kooperationsmöglichkeiten einerseits und deutlicher politischer Abgrenzung andererseits zeigte sich nicht nur im Verhältnis des DGB und seiner Gewerkschaften zu den Gewerkschaften in Ost-Mittel-Europa, sondern kennzeichnete auch die DGB-Politik in den Gremien internationaler

Gewerkschaftsverbände, wenn es etwa um die Aufnahme von (kommunistischen) Richtungsgewerkschaften nicht zum »Ostblock« gehörender Staaten ging.

Wer glaubte, es werde in der »Ära Vetter« zu einem engen Schulterschluss zwischen der von der SPD angeführten Bundesregierung und den Gewerkschaften des DGB kommen, sah sich getäuscht. Allzu deutlich blieb schon in den ersten Jahren der sozial-liberalen Regierungszeit die politische Umsetzung der gewerkschaftlichen Vorstellungen hinter den programmatischen Forderungen zurück: Die Entwicklung der »Konzertierten Aktion« sowie vor allem dann die Verzögerung und schließlich das Ergebnis der Mitbestimmungs-Gesetzgebung sorgten für Enttäuschung bei den Gewerkschaften. So markierte der Wechsel vom »Reform-Kanzler« Willy Brandt zum »Macher« Helmut Schmidt 1974 das Ende der »Reform-Euphorie«; die sich bereits zu dieser Zeit zeigenden neuen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen sollten dann die 1975 beginnende zweite »Amtszeit« Veters als DGB-Vorsitzender prägen.

Die Edition zur Politik des DGB 1969 bis 1975 ermöglicht tiefe Einblicke in den Prozess der Meinungs- und Willensbildung auf höchster Gewerkschaftsebene. Dabei ging es nicht nur um Entscheidungen zur Anpassung der Gewerkschaftsorganisation an den sozialen und politischen Wandel, dem die Gewerkschaften mit dem Ausbau der Zielgruppenarbeit und mit der Straffung der Organisation begegneten; sondern die Gewerkschaften schalteten sich aktiv in die politischen Debatten ein, die – denkt man an das Verhältnis zur SPD – mit überraschender Schärfe ausgetragen wurden. Dabei zeigten sich nicht nur die Konfliktlinien innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, etwa zwischen den Vertretern der IG Bau – Steine – Erden und denen der IG Metall; deutlich wird vielmehr, dass die Gewerkschaften die Regierungspolitik durchweg kritisch bis skeptisch begleitet haben. Bei aller Nähe zur regierenden Sozialdemokratie spiegeln die Beratungen in den Führungsgremien des DGB Selbstverständnis und Funktion der Gewerkschaften, die auch in dieser Phase hoher politischer Aktivität nicht zum »Transmissionsriemen« der Sozialdemokratie, schon gar nicht der sozial-liberalen Koalitionsregierung, in die Arbeitnehmerschaft und in die Betriebe hinein wurden.

Dieser Band wäre ohne die Finanzierung durch Drittmittel nicht zustande gekommen. Wir danken der Friedrich-Ebert-Stiftung, die die Erstellung der Edition und – zusammen mit der Hans-Böckler-Stiftung – den Druck dieses Werks ermöglicht hat. Und wir danken dem Verlag J.H.W. Dietz Nachf., vor allem Frau Hilde Holtkamp und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für die sorgfältige Betreuung der Edition während der Drucklegung.

Bonn, im Sommer 2013

Dieter Dowe

Anja Kruke

Michael Schneider

---

# Verzeichnis der Dokumente

Dokument	Datum	Titel	Seite
Nr. 1	1. Juli 1969	Protokoll der 1. Sitzung des Bundesvorstandes nach dem 8. Ordentlichen Bundeskongress des DGB vom 18. bis 23. Mai 1969	83
Nr. 2	1. September 1969	Schreiben des Vorsitzenden des DGB, Vetter, an die Kandidaten für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 28.9.1969	97
Nr. 3	2. September 1969	Protokoll der 2. Sitzung des Bundesvorstandes	98
Nr. 4	7./8. Oktober 1969	Protokoll der 3. Sitzung des Bundesvorstandes	109
Nr. 5	28. Oktober 1969	Stellungnahme des DGB zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt für die sozial-liberale Koalition	120
Nr. 6	4. November 1969	Protokoll der 4. Sitzung des Bundesvorstandes	121
Nr. 7	24. November 1969	Protokoll der 14. Sitzung der Konzentrierten Aktion	136
Nr. 8	26. November 1969	Kommuniqué der 14. Sitzung der Konzentrierten Aktion vom 24.11.1969	143
Nr. 9	5. Dezember 1969	Bericht der DGB-Abteilung Ausland über das offizielle Gespräch mit dem Zentralrat des sowjetischen Gewerkschaftsbundes in Moskau	144
Nr. 10	6. Januar 1970	Protokoll der 5. Sitzung des Bundesvorstandes	153
Nr. 11	6. Januar 1970	Entwurf eines Antwortschreibens an den Vorsitzenden des Zentralrates des polnischen Gewerkschaftsbundes	173
Nr. 12	29. Januar 1970	Kurzprotokoll der Sitzung des Gewerkschaftsrates beim Parteivorstand der SPD	174
Nr. 13	2. Februar 1970	Entwurf des Protokolls der Sitzung der Kommission zur Durchführung des Aktionsprogramms	176
Nr. 14	3. Februar 1970	Protokoll der 6. Sitzung des Bundesvorstandes	185
Nr. 15	4. Februar 1970	Brief des Vorsitzenden des DGB, Vetter, an den Vorsitzenden des FDGB, Warnke	210

## Verzeichnis der Dokumente

---

Dokument	Datum	Titel	Seite
Nr. 16	26. Februar 1970	Bericht über die Besprechung des DGB mit der Bundesregierung in Bonn zu den Lohnsteuersätzen	212
Nr. 17	3. März 1970	Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Bundesvorstandes und des Tarifpolitischen Ausschusses	215
Nr. 18	3./4. März 1970	Protokoll der 7. Sitzung des Bundesvorstandes	221
Nr. 19	3. März 1970	Antwortschreiben des Vorsitzenden des DGB, Vetter, an den Vorsitzenden des FDGB, Warnke	238
Nr. 20	7. April 1970	Protokoll der 8. Sitzung des Bundesvorstandes	239
Nr. 21	8. April 1970	Telegramm des Vorsitzenden des DGB, Vetter, an den Vorsitzenden des FDGB, Warnke	246
Nr. 22	5. Mai 1970	Protokoll der 9. Sitzung des Bundesvorstandes	247
Nr. 23	8. Mai 1970	Schreiben des Vorsitzenden des DGB, Vetter, an den Vorsitzenden des FDGB, Warnke	262
Nr. 24	2. Juni 1970	Protokoll der 10. Sitzung des Bundesvorstandes	264
Nr. 25	5. Juni 1970	Antwortschreiben des Vorsitzenden des FDGB, Warnke, an den Vorsitzenden des DGB, Vetter	278
Nr. 26	3. Juni 1970	Protokoll der 3. Sitzung des Bundesausschusses	281
Nr. 27	7. Juli 1970	Protokoll der 11. Sitzung des Bundesvorstandes	292
Nr. 28	7. Juli 1970	DGB-Erklärung zur Konjunkturpolitik	303
Nr. 29	12. Juli 1970	Brief des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Wehner, an den Vorsitzenden des DGB, Vetter, zur DGB-Erklärung zur Konjunkturpolitik	304
Nr. 30	7. September 1970	Protokoll der 12. Sitzung des Bundesvorstandes	306
Nr. 31	6. Oktober 1970	Protokoll der 13. Sitzung des Bundesvorstandes	320
Nr. 32	3. November 1970	Protokoll der 14. Sitzung des Bundesvorstandes	331
Nr. 33	1. Dezember 1970	Protokoll der 15. Sitzung des Bundesvorstandes	338
Nr. 34	2. Dezember 1970	Protokoll der 5. Sitzung des Bundesausschusses	346
Nr. 35	2. Februar 1971	Protokoll der 16. Sitzung des Bundesvorstandes	357



## Verzeichnis der Dokumente

Dokument	Datum	Titel	Seite
Nr. 36	3. Februar 1971	Protokoll der Klausurtagung des Bundesvorstandes und der Vorstandsspitzen der gewerkschaftlichen Unternehmen	366
Nr. 37	10. Februar 1971	Schreiben des Vorsitzenden des DGB, Vetter, an die Mitglieder des Bundesvorstandes zur Mitbestimmung bei der BfG	375
Nr. 38	2. März 1971	Protokoll der 17. Sitzung des Bundesvorstandes	377
Nr. 39	3. März 1971	Protokoll der 6. Sitzung des Bundesausschusses	390
Nr. 40	4. März 1971	Protokoll der 20. Sitzung der Konzertierten Aktion	405
Nr. 41	6. April 1971	Protokoll der 18. Sitzung des Bundesvorstandes	415
Nr. 42	27. April 1971	Schreiben des Vorsitzenden des DGB, Vetter, an die Mitglieder des Bundesausschusses zum gewerkschaftlichen Austauschprogramm Bundesrepublik – UdSSR	426
Nr. 43	12. Mai 1971	Protokoll der 19. Sitzung des Bundesvorstandes	427
Nr. 44	1. Juni 1971	Protokoll der 20. Sitzung des Bundesvorstandes	432
Nr. 45	7. Juni 1971	Kommuniqué der 21. Sitzung der Konzertierten Aktion vom 4.6.1971	443
Nr. 46	6. Juli 1971	Protokoll der 21. Sitzung des Bundesvorstandes	445
Nr. 47	16. Juli 1971	Gemeinsames Kommuniqué des Spitzengesprächs zwischen dem DGB und den Arbeitgeberverbänden	453
Nr. 48	7. September 1971	Protokoll der 22. Sitzung des Bundesvorstandes	454
Nr. 49	5. Oktober 1971	Protokoll der 23. Sitzung des Bundesvorstandes	467
Nr. 50	2. November 1971	Protokoll der 24. Sitzung des Bundesvorstandes	477
Nr. 51	3. November 1971	Protokoll der 1. Sitzung des Bundesausschusses nach dem a.o. Bundeskongress vom 14./15.5.1971	486
Nr. 52	16. November 1971	Thesen des DGB zur Vermögensbildung	495
Nr. 53	7. Dezember 1971	Protokoll der 25. Sitzung des Bundesvorstandes	496
Nr. 54	20./21. Januar 1972	Beratungsergebnis der Klausurtagung des Bundesvorstandes des DGB und des Vorstandes der Unternehmensgruppe Neue Heimat	507

## Verzeichnis der Dokumente

---

Dokument	Datum	Titel	Seite
Nr. 55	22. Januar 1972	Protokoll der 26. Sitzung des Bundesvorstandes	509
Nr. 56	1. Februar 1972	Protokoll der 27. Sitzung des Bundesvorstandes	515
Nr. 57	9. Februar 1972	Schreiben des Vorsitzenden des DGB, Vetter, an die Mitglieder des Bundesvorstandes und die Vorsitzenden der DGB-Landesbezirke zu bilateralen Kontakten des DGB mit dem Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften	523
Nr. 58	7. März 1972	Protokoll der 28. Sitzung des Bundesvorstandes	526
Nr. 59	10. April 1972	Protokoll der 29. Sitzung des Bundesvorstandes	533
Nr. 60	2. Mai 1972	Protokoll der 30. Sitzung des Bundesvorstandes	541
Nr. 61	29. Mai 1972	Protokoll der 31. Sitzung des Bundesvorstandes	548
Nr. 62	23./27. Juni 1972	Protokoll der 32. Sitzung des Bundesvorstandes	557
Nr. 63	5./6. September 1972	Protokoll der 1. Sitzung des Bundesvorstandes nach dem 9. Ordentlichen Bundeskongress des DGB vom 25. bis 30. Juni 1972	564
Nr. 64	8. September 1972	Brief des Vorsitzenden des DGB, Vetter, an Bundeskanzler Willy Brandt über die Erwartungen des DGB an die Europapolitik der Bundesregierung	576
Nr. 65	2./3. Oktober 1972	Protokoll der Klausurtagung und der 2. Sitzung des Bundesvorstandes	579
Nr. 66	2./3. Oktober 1972	Arbeitspapier der Abteilung DGB-Vorsitzender: Erweiterung des EBFGB	590
Nr. 67	7. November 1972	Protokoll der 3. Sitzung des Bundesvorstandes	593
Nr. 68	21. November 1972	Protokoll der Sondersitzung des Bundesvorstandes	606
Nr. 69	5. Dezember 1972	Protokoll der 4. Sitzung des Bundesvorstandes	611
Nr. 70	6. Dezember 1972	Protokoll der 2. Sitzung des Bundesausschusses	619
Nr. 71	9. Dezember 1972	Protokoll der Klausurtagung des Bundesvorstandes	629
Nr. 72	5. Februar 1973	Protokoll der 5. Sitzung des Bundesvorstandes	636
Nr. 73	6. Februar 1973	Protokoll der Sitzung des Gesellschaftspolitischen Ausschusses des Bundesvorstandes	642
Nr. 74	6. März 1973	Protokoll der 6. Sitzung des Bundesvorstandes	648

## Verzeichnis der Dokumente

Dokument	Datum	Titel	Seite
Nr. 75	6. März 1973	Ergebnisprotokoll der internen Bundesvorstandssitzung	658
Nr. 76	23. März 1973	Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes zur Vermögensbeteiligung	659
Nr. 77	3. April 1973	Protokoll der 7. Sitzung des Bundesvorstandes	667
Nr. 78	4. April 1973	Protokoll der 3. Sitzung des Bundesausschusses	680
Nr. 79	17. April 1973	Schreiben des Vorsitzenden des DGB, Vetter, an den Bundeskanzler, Willy Brandt, zur Preispolitik	699
Nr. 80	4. Mai 1973	Ergebnisprotokoll der außerordentlichen Sitzung des Organisationsausschusses	701
Nr. 81	8. Mai 1973	Protokoll der 8. Sitzung des Bundesvorstandes	703
Nr. 82	18. Mai 1973	Kommuniqué der 28. Sitzung der Konzertierten Aktion	717
Nr. 83	21. Mai 1973	Schreiben des Vorsitzenden des DGB, Vetter, an die Mitglieder des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses zu den Kontakten mit dem FDGB	719
Nr. 84	5. Juni 1973	Protokoll der 9. Sitzung des Bundesvorstandes	722
Nr. 85	6. Juni 1973	Protokoll der 4. Sitzung des Bundesausschusses	733
Nr. 86	3. Juli 1973	Protokoll der 10. Sitzung des Bundesvorstandes	739
Nr. 87	4. September 1973	Protokoll der 11. Sitzung des Bundesvorstandes	748
Nr. 88	1.–3. Oktober 1973	Beschlussprotokoll der Klausurtagung des Bundesvorstandes	763
Nr. 89	10. Oktober 1973	Kurzprotokoll zur Mitbestimmungsdiskussion mit Bundeskanzler Willy Brandt	768
Nr. 90	12. Oktober 1973	Brief des Vorsitzenden des DGB, Vetter, an den Bundeskanzler, Willy Brandt, zur Preisstabilität	772
Nr. 91	6. November 1973	Protokoll der 12. Sitzung des Bundesvorstandes	775
Nr. 92	4. Dezember 1973	Protokoll der 13. Sitzung des Bundesvorstandes	787
Nr. 93	5. Dezember 1973	Brief des DGB an die DAG zwecks Gesprächs zur Herstellung der deutschen Gewerkschaftseinheit	797
Nr. 94	21. Dezember 1973	Schreiben des Bundeskanzlers, Willy Brandt, an den Vorsitzenden des DGB, Vetter, zur aktuellen Wirtschaftspolitik	798

## Verzeichnis der Dokumente

---

Dokument	Datum	Titel	Seite
Nr. 95	12. Januar 1974	Schreiben des Vorsitzenden des DGB, Vetter, an die Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften des Europäischen Gewerkschaftsbundes	802
Nr. 96	22. Januar 1974	Fernschreiben des Vorsitzenden des DGB, Vetter, an den Bundeskanzler, Willy Brandt, zur Mitbestimmung	805
Nr. 97	29. Januar 1974	Ergebnisprotokoll der außerordentlichen Sitzung des Bundesvorstandes	807
Nr. 98	31. Januar 1974	Schreiben des Bundeskanzlers, Willy Brandt, an den Vorsitzenden des DGB, Vetter, zur Mitbestimmung	809
Nr. 99	5./6. Februar 1974	Protokoll der Klausurtagung des Bundesvorstandes	810
Nr. 100	16. Februar 1974	Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Bundesausschusses	828
Nr. 101	28. Februar 1974	Brief des Vorsitzenden des DGB, Vetter, an den Bundeskanzler, Willy Brandt, zum Mitbestimmungsentwurf der Bundesregierung	835
Nr. 102	5. März 1974	Protokoll der 14. Sitzung des Bundesvorstandes	840
Nr. 103	6. März 1974	Protokoll der 7. Sitzung des Bundesausschusses	850
Nr. 104	2. April 1974	Protokoll der 15. Sitzung des Bundesvorstandes	854
Nr. 105	7. Mai 1974	Protokoll der 16. Sitzung des Bundesvorstandes	860
Nr. 106	18. Mai 1974	Gespräch des DGB-Bundesvorstandes mit Bundeskanzler Helmut Schmidt	865
Nr. 107	30. Mai 1974	Bericht über das Gespräch DGB/DAG in Hannover	873
Nr. 108	4. Juni 1974	Protokoll der 17. Sitzung des Bundesvorstandes	876
Nr. 109	2. Juli 1974	Protokoll der 18. Sitzung des Bundesvorstandes	885
Nr. 110	3. September 1974	Protokoll der 19. Sitzung des Bundesvorstandes	893
Nr. 111	30. September/ 1. Oktober 1974	Kurzprotokoll der Klausurtagung des Bundesvorstandes	905
Nr. 112	5. November 1974	Protokoll der 20. Sitzung des Bundesvorstandes	918
Nr. 113	25. November 1974	Schreiben des Vorsitzenden des DGB, Vetter, an den Bundeskanzler, Helmut Schmidt, zur wirtschaftspolitischen Situation	927
Nr. 114	3. Dezember 1974	Protokoll der 21. Sitzung des Bundesvorstandes	929

## Verzeichnis der Dokumente

---

Dokument	Datum	Titel	Seite
Nr. 115	4./5. Februar 1975	Protokoll der Klausurtagung des Bundesvorstandes	940
Nr. 116	4. März 1975	Protokoll der 22. Sitzung des Bundesvorstandes	950
Nr. 117	7./8. April 1975	Protokoll der 23. Sitzung des Bundesvorstandes	959
Nr. 118	6. Mai 1975	Protokoll der 24. Sitzung des Bundesvorstandes	966
Nr. 119	24. u. 26. Mai 1975	Protokoll der 25. Sitzung des Bundesvorstandes	970

**8. VERSCHIEDENES**

a) Kollege *Vetter* verliest die Erklärung des Parteipräsidiums der SPD zum Rücktritt von Bundeskanzler Willy Brandt. Er berichtet über die aktuelle Situation.<sup>15</sup>

b) Kollege *Vetter* informiert den Bundesvorstand über Einzelheiten der am Nachmittag stattfindenden Mitbestimmungskundgebung des DGB.<sup>14</sup>

Ende der Sitzung: 12.40 Uhr

## DOKUMENT 106

**18. Mai 1974: Gespräch des DGB-Bundesvorstandes mit Bundeskanzler Helmut Schmidt**

**Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn; Protokollführung: Bernd Otto; Sitzungsdauer: 11.15–13.40 Uhr; Aktennotiz, hekt., 6 S.<sup>1</sup>**

*DGB-Archiv, 5/DGAI000484.*

Teilnehmer:

GBV: Vetter, Muhr, Weber, Heiß, Neemann, Schmidt, Stephan, Schwan

Landesbezirksvorsitzende: Drescher, Erlewein, Lehlbach, Wagner, Sierks

Vorstandsverwaltung: Otto, Becker, Fritze

Bundesvorstand: Loderer, Schwiedel, Sprenger, Vater, Buschmann, Stadelmaier, Mirkes, Hauenschild, Sperner, A. Schmidt, Seibert, Breit, Vietheer

Bundeskanzler Schmidt, Staatssekretärin Schlei, Persönlicher Referent, Pressesprecher Grünewald, Bundesminister Genscher (ab 12.30 Uhr)

Beginn 11.15 Uhr

Bundeskanzler *Schmidt* begrüßt einleitend die Mitglieder des Bundesvorstandes, die der in Abstimmung mit Kollegen Heinz O. Vetter ausgesprochenen Einladung zur Aussprache nach Bonn gefolgt sind.<sup>2</sup> Bundesminister

<sup>15</sup> Vgl. Telex Günter Königs an Heinz O. Vetter vom 6.5.1974, 08.15 Uhr, mit der Erklärung des SPD-Bundesgeschäftsführers Holger Börner zum Rücktrittsgesuch Willy Brandts sowie Erklärung des Präsidiums vom 7.5.1974, 10.30 Uhr, in: DGB-Archiv, DG-BV, Abt. Vorsitzender 5/DGAI000484. Den Wortlaut der Erklärung siehe SPD Pressemitteilungen und Informationen, 7.5.1974, Nr. 208. Zum Kanzlerücktritt siehe auch: Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 398 ff.; Soell: Schmidt, S. 319 ff.; Willy Brandt. Berlin Ausgabe Bd. 5, bearb. von Karsten Rudolph, Bonn 2002, S. 132 ff. und Merseburger: Brandt, S. 720–738.

<sup>14</sup> Zur DGB-Kundgebung in Essen und deren Ablauf siehe WdA 24, 10.5.1974, Nr. 19.

<sup>1</sup> Im Aktenbestand des Depositum Helmut Schmidt im AdsD sind keine Dokumente zu diesem Gespräch überliefert.

<sup>2</sup> In dem Schreiben – »persönlich/vertraulich« – Heinz O. Vettters an die Bundesvorstandsmitglieder vom 10.5.1974 teilte er mit, dass der Bundesfinanzminister Helmut Schmidt in einem Gespräch am 10.5.1974 ausdrücklich den Wunsch geäußert habe, sich nach seiner Wahl zum Bundeskanzler am 18.5.1974 demonstrativ mit den Gewerkschaften zu treffen. DGB-Archiv, DGB-BV, Abt. Vorsitzender 5/DGAI000484.

Genscher ist wegen einer diplomatischen Verpflichtung entschuldigt und wird erst später zur Aussprache kommen können. Schmidt geht auf die Gründe für die Regierungskrise der letzten Wochen ein und erläutert die Schwierigkeiten der sozial-liberalen Koalition. Er betont, daß Willy Brandt einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Krise geleistet hat, und unterstreicht, daß auch das jetzt gebildete Kabinett, dem zahlreiche Gewerkschafter angehören, kein Gewerkschaftskabinett sein kann und daß man den Vorwurf, die Bundesrepublik werde zu einem Gewerkschaftsstaat, entschieden zurückweisen müsse.<sup>3</sup> Die große Zahl der Gewerkschaftsvertreter möchte Schmidt jedoch nicht als einen Zufall, sondern als die feste Absicht zur Verbesserung des Verhältnisses auch zum Deutschen Gewerkschaftsbund verstanden wissen. Es solle deutlich werden, daß er, Schmidt, sich große Mühe gebe, dies gilt auch für die Mitglieder seines Kabinetts, deutlich zu machen, daß die Arbeitnehmerschaft, der Kern dieser Gesellschaft, durch angemessene personelle Berücksichtigung Beachtung findet. Schmidt weist darauf hin, daß selbstverständlich auch die Gewerkschafter in ihren neuen Funktionen möglicherweise anders denken und handeln müssen, als sie es als Gewerkschafter in ihren alten Funktionen möglicherweise getan hätten. Schmidt geht dann auf die Schwerpunkte seiner Regierungserklärung ein und erläutert die einzelnen Programmpunkte Steuerreform und Kindergeld, Mitbestimmung, Bodenrecht, Umweltschutz und berufliche Bildung.<sup>4</sup> Zur Frage der Mitbestimmung erklärt Schmidt, daß hier das vom früheren Bundeskabinett vorgelegte Konzept im Bundestag zu beraten sei und daß er davon ausgehe und die Hoffnung habe, daß Verbesserungen noch angebracht werden können. Schmidt weist darauf hin, daß 1976 nur dann ein neues Kabinett gebildet werde, dem ebenfalls zahlreiche Gewerkschafter angehören, wenn die Gewerkschaften sich dazu bereitfinden, den ihnen zukommenden Teil mitzutragen. Schmidt vertritt die Auffassung, daß in der Vergangenheit eine mangelhafte Berichterstattung über die Erfolge der Bundesregierung erfolgt ist. Der Kanzler betont, daß er eine kritische Begleitung seiner Arbeit durch die Gewerkschaften sehr wohl zu schätzen wisse, er möchte jedoch betonen, daß ebenfalls Erfolge angemessen dargestellt werden. Erhebliche Sorgen bereiten dem Kanzler die gegenwärtig zu verzeichnenden Preisexplosionen, die kaum zu verkraften seien.<sup>5</sup> Bestimmte Preissteigerungen seien unabweislich und durch die weltwirtschaftliche Ver-

---

3 Neben den ehemaligen Gewerkschaftsvorsitzenden der IGBE, Walter Arendt und der BSE, Georg Leber, dem ehemaligen zweiten Vorsitzenden der Postgewerkschaft, Kurt Gscheidle, sowie dem Hauptvorstandsmitglied der IGM, Hans Matthöfer, waren alle sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder, einschließlich deren Staatssekretäre, Mitglied einer DGB-Gewerkschaft.

4 Siehe Regierungserklärung Helmut Schmidts in der 100. Sitzung des Bundestages, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode, Bd. 88, Bonn 1974, S. 6593–6605, auch abgedr. in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 18.5.1974, Nr. 60, S. 593–604.

5 Die Inflationsrate der Bundesrepublik Deutschland stieg von 1,9% (1969) über 5,5% (1972) auf 6,9 bzw. 7,0% (1973/74); danach ging der Preisanstieg zurück. Vgl. Schneider: Kleine Geschichte, S. 364. Zur Beschleunigung des Preisauftriebs 1974 in der Bundesrepublik siehe u. a.: Handelsblatt, 13.5.1974 sowie Pressemeldungen der Deutschen Bundesbank zum Preisanstieg und zur wirtschaftlichen Entwicklung 1974, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 16.4.1974.

flechtung bedingt. Schmidt betont und bittet um Vertraulichkeit, daß die Bundesregierung ausgearbeitete Pläne zur Sicherung der Beschäftigungslage im Falle einer internationalen krisenhaften Entwicklung und eines unangemessenen Preisauftriebes besitzt. Von diesen Plänen könne jedoch nur im Falle einer ernsthaften Gefährdung durch außenwirtschaftliche Verflechtungen Gebrauch gemacht werden. Schmidt verweist darauf, daß die gegenwärtige Konjunkturausgleichsrücklage einen Gesamtbetrag von 9 Milliarden DM ausmache, der ggf. konjunkturpolitisch verwandt werden könne. Ohne Zweifel stünden im Bewußtsein der Bevölkerung die Preise im Vordergrund des allgemeinen Interesses. Mit dieser Hypothek im Nacken müsse man an die Aufgaben der nächsten Zeit herangehen. In seinen Ausführungen zur Bildungspolitik spricht sich der Kanzler für Kürzungen im Hochschulbereich aus, wo man sich bisher goldene Nasen verdient habe. Die Mitglieder des Bundesvorstandes stimmen ihm in der Beurteilung zu, daß eine Umstellung der Studienförderung auf Darlehen ein Mittel zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation sein könne. Von der geplanten Steuerreform erwartet der Kanzler eine 4%ige Nettoeinkommensverbesserung für die Bezieher kleiner, mittlerer Einkommen. Insgesamt bedeutet die Reform der Lohnsteuer und des Kindergeldes einen Gesamtaufwand von ca. 12 Milliarden DM zugunsten dieser Arbeitnehmerschichten. Gerade die Steuerreform stelle einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der materiellen Situation der Arbeitnehmer dar.

Kollege *Vetter* dankt für die Einladung zur Aussprache und bittet die Teilnehmer auf das Wohl des neuen Kanzlers zu trinken. Der Vorsitzende erklärt, daß er in der Regierungserklärung ein Stimmungsbild der Gesellschaft wiederfindet, und greift das Stichwort Gewerkschaftsstaat im Gegensatz zum Unternehmerstaat auf. Er betont, daß in keinem Falle von den Gewerkschaften eine Gewerkschaftsregierung angestrebt werde; eine Regierung müsse immer Regierung für das Volk sein. Vetter hält es jedoch für angemessen, daß Rolle und Standort der Gewerkschaften in der Gesellschaft Berücksichtigung finden. Er verweist auf einen Artikel in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 18.5.1974<sup>6</sup> und vertritt die Auffassung, daß die starke Berücksichtigung von führenden Gewerkschaftsrepräsentanten in der neuen Bundesregierung ein natürlicher Vorgang im Rahmen einer sozialdemokratischen Regierung darstellen solle. Auf die besonderen Schwierigkeiten des Deutschen Gewerkschaftsbundes eingehend, verweist Vetter auf Angriffe gegen einzelne Gewerkschaftsführer aber auch gegen den Bund, die im Zusammenhang mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft insbesondere von christlich-demokratischen Arbeitnehmervertretern vorgetragen werden. Vetter betont, daß die Gewerkschaften grundsätzlich jeder Bundesregierung, die sich aktiv für die Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen einsetzt,

6 Gemeint war hier der Artikel von Walter Kannengießer, »Schmidt will die Gewerkschaften an sich binden. Wie taktische Überlegungen die Personalpolitik beeinflussen«. In dem Artikel wurde die gewerkschaftliche Zugehörigkeit von Minister und Staatssekretären aufgeführt, um damit die Abhängigkeit der Kabinettsmitglieder von ihren Gewerkschaften aufzuzeigen. Siehe auch: Ein Bonner Gewerkschaftskabinett. Den linke SPD-Flügel hat Schmidt bei der Regierungsbildung übergangen, in: SZ, 15.5.1974.



ihre Hilfe zusagen werden. Dies gelte selbstverständlich auch für eine an Arbeitnehmerinteressen orientierte Regierungspolitik der Bundesregierung Schmidt-Genscher. Der DGB-Vorsitzende greift ein Wort von Bundesaußenminister Genscher auf, der in einer Presseerklärung gesagt haben soll, daß er nicht bereit sei, nachdem man die Freiheit erkämpft habe, diese Freiheit zugunsten von Gewerkschaften oder Verbänden aufzugeben. Kollege Vetter betont, daß für die Gewerkschaften die Lösung der wirtschaftlichen Probleme des Jahres 1974 im Vordergrund steht. Er regt an, statt von Sparen von sinnvollem Geldausgeben zu reden. Er betont, daß vorrangige Arbeitnehmerinteressen ohne Zweifel die Probleme der beruflichen Bildung sowie der Mitbestimmung der Arbeitnehmer seien. Besonderes Augenmerk müsse man auf die »linken Verführer« in der Arbeitnehmerschaft richten, die sich bemühten, Sonderinteressen durchzusetzen.<sup>7</sup> Kollege Vetter ist sich bewußt, daß die Mitbestimmung nur sehr schwierig durchzusetzen sei und daß ebenfalls eine Aktivierung der Arbeitnehmerschaft zur Durchsetzung dieser Mitbestimmungsforderung nur relativ schwer durchzusetzen sei. Dennoch komme dieser gesellschaftspolitisch bedeutsamen Frage eine große Aufmerksamkeit zu. Kollege Vetter verweist auf das Projekt »Humanisierung der Arbeit«, das ursprünglich vom Bundesarbeitsministerium, vom Ministerium für Technologie und Wissenschaft gefördert werden sollte.<sup>8</sup> Er bittet darum, bei den bevorstehenden regierungsamtlichen Projekten eine angemessene gewerkschaftliche Beteiligung sicherzustellen. Kollege Vetter spricht sich für eine Verbesserung der Kommunikation zwischen Regierung und Gewerkschaften aus und betont, daß hier die Möglichkeit gegeben ist, zu einem Abbau von Schwierigkeiten, Umwegen, Mißverständnissen etc. zu gelangen. Dies bedeute keine Gefährdung der Unabhängigkeit der Regierung. Kollege Vetter erneuert das Angebot auf Zusammenarbeit und ist der Meinung, daß man ohne Eitelkeit miteinander für eine gemeinsame Sache kämpfen solle.

In der anschließenden Diskussion betont Kollege *Loderer*, es sei ein Vorteil, daß man sich gut kenne, und begrüßt die frühe Begegnung mit dem Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Er unterstreicht die Aussagen in der DGB-Stellungnahme zur Regierungserklärung<sup>9</sup>, die wesentliche Punkte des Regierungsprogramms von Bundeskanzler Schmidt nachdrücklich unterstützen. Loderer betont, daß man bisher die Erfolge viel zu schlecht verkauft habe. Manchmal sei man gezwungen, die Mitgliedschaft

---

7 Vetter meinte hier wohl insbes. den Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW), der im gewerkschaftlichen Bereich verstärkte Aktivitäten entwickelte. In der 18. Bundesvorstandssitzung wurde unter TOP 11d beschlossen, den Katalog der »Unvereinbarkeitsbeschlüsse« vom 3.10.1973 (Dok. 88) um den KBW zu erweitern (Dok. 109, Fußnote 21).

8 Der Bundesminister für Forschung und Technologie, Hans Matthöfer (1925–2009), brachte 1974 das staatliche Aktions- und Forschungsprogramm »Humanisierung des Arbeitslebens« (HdA) auf den Weg. Inhaltlich ging es vorrangig um die Verbesserung gesundheitsgefährdender Arbeitsbedingungen. Es ging aber auch um die Anerkennung des Arbeitnehmers als rechtlich geachteten Arbeitsbürger. Zum Programm des HdA siehe Abelshauser: Nach dem Wirtschaftswunder, hier: S. 288–297. Der HdA-Haushalt steigerte sich von 11,3 Mio. DM (1974) während der Amtszeit Matthöfers auf insgesamt 234 Mio. DM (1974–1978). Vgl. ebd., S. 289.

9 Vgl. ND, 17.5.1974, Nr. 133.

zu ihrem Glück zu zwingen. Er verweist auf einen Artikel in der »Welt«, den Bundeskanzler Schmidt als frei erfunden bezeichnet<sup>10</sup>, und betont die Notwendigkeit der Mitbestimmungsforderung. Schlechte Regelungen müsse man unter dem richtigen Namen und nicht unter dem Etikett Mitbestimmung verkaufen. Die Gewerkschaften seien bereit, ein aufrichtiger Partner in der Sache, mit der man im Grundsatz übereinstimme, zu sein. Man werde jedoch dort kritisch sein, wo es darauf ankomme, der Regierung zu helfen. Dies gelte insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Unterstützung gegenüber dem Koalitionspartner FDP. Loderer verweist auf die Aktivitäten des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Frage der Humanisierung der Arbeit, die man möglicherweise tarifpolitisch regeln wolle.<sup>11</sup> Allzu große Differenzierungen gelte es zu vermeiden.

Kollege *Hauenschild*, der sich eine freiwillige Redezeitbeschränkung auferlegt, begrüßt die vorgelegte Regierungserklärung sowie die in ihr enthaltenen Darstellungen der vorgegebenen Sachzwänge. Er spricht sich dafür aus, wirtschaftliche Zusammenhänge zu verdeutlichen und Begriffsschwierigkeiten der breiten Bevölkerungsschicht zu vermeiden. Bildungshilfen seien erbeten, nicht jedoch die heute zahlreich auf dem Markt gehandelten Konfliktstrategien.

Bundeskanzler *Schmidt* vertritt die Auffassung, daß die Gewerkschaften die Erfolge der Bundesregierung als ihre eigenen Erfolge vertreten sollten. Zitat: »Erfolge müßt Ihr als Eure Erfolge vertreten.«

Kollege *Sperner* verweist darauf, daß eine nüchterne Beurteilung des politischen Trends in der Bundesrepublik zu dem Ergebnis führe, daß der erfolgte Regierungswechsel grundsätzlich positiv zu beurteilen sei. »Leute wollen den starken Mann.«

Kollege *Adolf Schmidt* vertritt die Auffassung, daß mit der Regierungserklärung ein neuer Anfang/ein neuer Beginn gesetzt werde, weil diesmal der Schwerpunkt auf die inneren Reformen gelegt werde. Er bringt seine Hoffnung auf ein besseres Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Regierung zum Ausdruck und ist der Meinung, daß ein gewisser Zwang zur Zusammenarbeit bestehe. Er spricht sich für eine stärkere politische Abstimmung von Erklärungen und politischen Stellungnahmen aus, die verstärkt über den Vorstandstisch der Gewerkschaften laufen sollten.

10 Möglicherweise bezog sich Schmidt auf den Artikel von W. Hertz-Eicherode: Ein Labour-Kanzler in Bonn. Schmidt braucht politische Zustimmung über die Gewerkschaften hinaus, in: Die Welt, 18.5.1974. Auch in diesem Artikel wurde indirekt vor dem »Gewerkschaftsstaat« gewarnt.

11 Loderer bezog sich zum einen auf die Ergebnisse der DGB-Konferenz »Humanisierung der Arbeit« am 17.5.1974 in München (vgl. hierzu 14. BV-Sitzung vom 5.3.1974, TOP 12b, Dok. 102, Fußnote 19) sowie zum anderen auf den von der IG Metall abgeschlossenen Lohnrahmentarifvertrag im November 1973 in Nordwürttemberg-Nordbaden, in dem humanitäre Arbeitsbedingungen durchgesetzt wurden. Zu den einzelnen Bestimmungen des Lohnrahmentarifvertrages siehe Reimar Birkwald: Bestimmungen des Lohnrahmentarifvertrages II der Metallindustrie von Nordwürttemberg-Nordbaden vom 1.11.1973, in: Günter Keil/August Oster: Humanisierung des Arbeitslebens. Eine Dokumentation, Bad Honnef 1976, S. 281–285.

Kollege *Stadelmaier* schließt sich der Auffassung an, daß es der früheren Bundesregierung nicht gelungen sei, eine angemessene Leistungsdarstellung vorzunehmen. Er spricht sich dafür aus, in der politischen Diskussion Begriffe aus dem Sportleben zu verwenden. Zur Steuerpolitik vertritt er die Meinung, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Anhebung der Mehrwertsteuer erfolgen dürfe.

Kollege *Vetter* begrüßt den um 12.30 Uhr erscheinenden Bundesaußenminister Genscher und betont, daß seine Teilnahme an der Aussprache für den Deutschen Gewerkschaftsbund keineswegs selbstverständlich sei. Er verweist auf den mühsamen Abbau von Schranken zur FDP und macht auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die heute gegen die Gewerkschaften durch starke Angriffe in der Öffentlichkeit vorgetragen werden, insbesondere durch die Verwendung bestimmter politischer Terminologien. So verweist Kollege *Vetter* auf eine Aussage der FDP, wonach die Freiheit an die Gewerkschaften abgegeben werden solle.<sup>12</sup> Es sei sicherlich notwendig, die Fronten klar zu ziehen und ggf. Mißverständnisse aufzudecken. Er äußert die Bitte, daß der Bundesaußenminister zu einem späteren Zeitpunkt eine aufklärende Antwort geben möge.

Kollege *Muhr* unterstreicht die Auffassung, daß die Informationspolitik der Bundesregierung nicht immer gut konzipiert gewesen sei. Eine mangelhafte, auch zeitliche Vorwegabstimmung verhindere positive Wertungen in der Gewerkschaftspresse. Die Begleitmusik sei deswegen manchmal zu spät erfolgt.

Eine Aufforderung zur ständigen Konsultation spricht Kollege *Buschmann* aus, der die Meinung vertritt, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt wirtschaftspolitische Maßnahmen eingeleitet werden müssen. Er stellt die Frage nach einer möglichen Novellierung des Tarifvertragsgesetzes in Anbetracht der ökonomischen Situation, die die Gewerkschaften zunehmend in Zugzwang setze. Kollege *Buschmann* vertritt die Auffassung, daß dringend Freiheitsräume für die Entfaltung der Gewerkschaften notwendig seien, insbesondere in einer Zeit, wo der Gürtel enger geschnallt werden müsse.

Kollege *Heiß* begrüßt die Aussage der neuen Bundesregierung, daß sie nicht daran denke, einen Lohn- und Preisstopp oder Arten der Indexklauseln einzuführen.

Kollege *Vetter* verweist auf die Diskussion in der Konzertierten Aktion.

Kollege *Neemann* greift den Gedanken auf und geht kurz auf die in der Konzertierten Aktion erstellten Orientierungsdaten ein, die, obwohl angeblich vertraulich, meist schon vor der Sitzung in der Presse zu lesen seien.

Kollegin *Weber* dankt für die Herausstellung der beruflichen Bildung in der neuen Regierungserklärung, in der Regierungskonzeption der Bundesregierung und äußert starke Kritik an der früher praktizierten Hochschulpolitik.

---

12 In einem Interview mit dem »Bonner Generalanzeiger« richtete Genscher eine scharfe Warnung an die Adresse der Gewerkschaften und Verbände, die mit ihrer Politik dafür sorgen würden, dass die Freiheit erstickte. Vgl. Genscher warnt Gewerkschaften und Verbände, in: FAZ, 15.5.1974.

Kollegin Weber setzt sich für eine stärkere Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen in den Hochschulgremien ein und vertritt die Auffassung, daß man die bisherige Spielwiese von einer interessierten Gruppe beseitigen müsse. Die praktizierte Baupolitik sei auf Dauer nicht tragbar.

– Zwischenruf von Bundesminister Genscher: Sehr richtig. –

Kollege *Vetter* betont noch einmal die besondere Genugtuung darüber, daß der Bundesaußenminister an der heutigen Aussprache teilnimmt und daß der DGB an einer Weiterführung der bisherigen Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt interessiert sei. Kollege *Vetter* sagt eine Unterstützung der Außenpolitik zu, soweit sie eine kontinuierliche Fortführung der bisher eingeschlagenen Linie beinhalte.

Bundesaußenminister *Genscher*, der sich als Vertreter des Koalitionspartners versteht und als solcher in dieser Eigenschaft an der heutigen Aussprache teilnimmt, spürt beim Bundesvorstand eine positive Grundeinstellung gegenüber der neuen Regierung Schmidt-Genscher. Er betont, daß die Regierungserklärung voll inhaltlich von der FDP mitgetragen wird. Es sei der FDP keineswegs leicht gefallen, sich auf die gegenwärtige Mitbestimmungshaltung hinzubewegen. Er distanziert sich von gewissen Vorhaltungen, in denen gestanden hat, daß der DGB nicht unser Koalitionspartner sei.<sup>13</sup> Er erläutert die Problemsituation, in der ähnliche Aussagen entstanden sind. Er habe ein prinzipielles Mißtrauen gegenüber von Organisationsmacht, was man nicht einseitig verstehen dürfe, denn hier seien auch Arbeitgeberverbände angesprochen, geäußert. Genscher vertritt die Auffassung, daß die Leistungsbilanz der früheren Bundesregierung positiv sei. Man habe die Ergebnisse jedoch schlecht verkauft. Zitat: »Niemand versucht die Konfrontation mit den Gewerkschaften. Meine Teilnahme an dieser Sitzung ist ein Zeichen für unser positives Interesse.«

Kanzler *Schmidt* unterstreicht, daß die Tatsache der schnellen Begegnung mit dem DGB-Bundesvorstand einen Hinweis auf die positive Grundeinstellung der Regierung gegenüber den Gewerkschaften gebe, und erneuert seinen Vorschlag, die Ergebnisse der Regierungspolitik als Ergebnisse gewerkschaftlicher Einflußnahmen zu verkaufen. Der zahlenmäßig größere Koalitionspartner müsse sich häuten und auch für Kritik offen sein. Darstellungen der Heidi Wi[e]czorek und anderer Jungsozialisten finde er zum Brechen.<sup>14</sup> Mit

13 Bezogen auf den Regierungsentwurf zur Mitbestimmung führte Genscher auf dem Bremer Landesparteitag der FDP aus, dass dieser Entwurf, trotz der Kritik des DGB, vonseiten der FDP nicht geändert werde, da der DGB nicht der dritte Koalitionspartner sei. Vgl. FAZ, 22.4.1974.

14 Die damalige Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Heidemarie Wieczorek-Zeul, hatte in einem Interview mit der Hamburger Zeitschrift »Das da« dem Bundeskanzler [Willy Brandt] vorgeworfen, er würde die Inflation über die Einschränkung der öffentlichen Ausgaben beschränken, bei den Reformvorhaben drastisch sparen und die SPD-Steuer-Parteitagsbeschlüsse [siehe Parteitag in Hannover vom 10.-14.4.1973], die Steuerlastquote durch eine schärfere Besteuerung der höheren Einkommen und großen Vermögen anzuheben, nicht umsetzen. Vgl. Die SPD macht alles falsch, in: Das da, 1974, Nr. 4, S. 56 f. Zur Kritik an Wieczorek-Zeul und den Forderungen zur Vergesellschaftung zahlreicher Schlüsselindustrien auf dem Juso-Bundeskongress vom 25.-27.1.1974 in München und den entsprechenden

der einseitigen Kritik der jungen Linke müsse Schluß sein. Vieles sei unter gewerkschaftlicher Einflußnahme geschehen. Dies müsse auch entsprechend dargestellt werden. Kanzler Schmidt unterstreicht die Notwendigkeit frühzeitiger Kontaktaufnahme und betont, daß man das Telefon von beiden Seiten aufnehmen könne. Er setzt sich für eine Veränderung der Öffentlichkeitswirkung der Konzertierten Aktion ein. Insbesondere müsse der Lenkungsausschuß stärker als bisher Berücksichtigung finden und keineswegs vorzeitige Stellungnahmen abgeben. Die Bildungspolitik ist nach Auffassung des Kanzlers von großer Bedeutung. Hier seien klare gewerkschaftliche Reformvorstellungen notwendig und erwünscht. Er betont, daß nach seiner Auffassung Bildungspolitik nicht nur Angelegenheit einer einzelnen zuständigen Gewerkschaft, hier der GEW, sein könne. Bildungspolitik sei umfassend und beschränke sich nicht auf eine Reform der Besoldungspolitik. Stellung und Rolle des öffentlichen Dienstes betrachtet der Kanzler als ein gesamtgesellschaftliches Problem, das auf dem Wege sei, ein verfassungsrechtliches Problem zu werden. Er spricht sich dafür aus, etwa zum Zeitpunkt Herbst eine Abklärung der notwendigen Schritte vorzunehmen. Er ist sich darüber klar, daß hier erhebliche Schwierigkeiten im gewerkschaftlichen Raum auftauchen können. Er dankt noch einmal für die Aussprache und bringt seine Hoffnung auf gute Zusammenarbeit zum Ausdruck.

Kollege *Vetter* dankt im Namen des Bundesvorstandes für die Einladung und betont, daß diese Begegnung unter dem Zeichen »Symbolkraft und Realismus« gestanden habe. Er sagt eine weitgehende Unterstützung der Regierungspolitik durch die Gewerkschaften zu.<sup>15</sup>

Dauer der Aussprache: 11.15 bis 13.40

---

Anträgen zu den Landeskonferenzen Nordrhein-Westfalen und Bayern der Jungsozialisten im April 1974, siehe AdsD, SPD-PV, Bundesgeschäftsführer Holger Börner 2/PVCO000004 und 2/PVCO000085. Zu den Beschlüssen des Bundeskongresses der Jungsozialisten siehe Christoph Butterwege/Karl Drewes: Die Jungsozialisten nach 74, München/Hamburg 1974 sowie die Kritik an den Beschlüssen u. a. von Holger Börner in: SPD-Pressedienst, P/XXIX/19 vom 28.1.1974.

15 Nach dem Gespräch gaben Armin Grünewald und Heinz O. Vetter Presseerklärungen zu den inhaltlichen Diskussionspunkten ab. Vgl. Ingeborg Jahn: DGB an der Spitze der Empfangsliste. Bundeskanzler Schmidt sprach mit Gewerkschaftsvertretern/Vetter: Keine Differenzen, in: FR, 20.5.1974.